

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

BUND DER DEUTSCHEN LANDJUGEND  
Claire-Waldoff-Str. 7

10117 Berlin

## Zu den Forderungen des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) zur Europawahl 2009

---

### 1. Forderungen des BDL zur Förderung der ländlichen Räume

Die LINKE tritt für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen ein. Das schließt ausdrücklich auch Randgebiete und benachteiligte Regionen ein. Die Programme zur Entwicklung ländlicher Räume reichen dafür bislang nicht aus. Fördermittel für die ländlichen Regionen müssen bedarfsgerecht aufgestockt und in Regionalbudgets verfügbar werden. Die bisherige starke Konzentration der Fördermittelausgaben auf die Landwirtschaft muss erweitert und für kleine und mittlere Unternehmen im Dienstleistungsbereich geöffnet werden. Dazu ist die Forderung des BDL richtig, vorhandene Förderprogramme der EU für ländliche Räume besser zu koordinieren und sowohl Mittel des Strukturfonds als auch des europäischen Sozialfonds für die sehr unterschiedlichen Bedingungen in den ländlichen Räumen Deutschlands bzw. Europas zu nutzen.

Die notwendigen Agrarbeihilfen sind künftig zielgenauer auf nachhaltige Landnutzungskonzepte und Existenz sichernde Arbeitsplätze auszurichten. Dabei muss eine Kürzung des Agrarbudgets vermieden werden. Für DIE LINKE bleibt die Förderung der ländlichen Räume eine zentrale politische Verantwortung in der EU.

Wir stimmen ausdrücklich der Forderung zu, Entwicklungspotentiale im ländlichen Raum zu analysieren und Vorhaben nachhaltig umzusetzen. Spezifische Potentiale in den Regionen müssen erkannt und mit dem Ziel aufgegriffen werden, gerade jungen Leuten eine Lebensperspektive zu geben.

Um die Wirtschaftskraft in den ländlichen Räumen zu stärken, werden Maßnahmen gebraucht, die zur Steigerung der regionalen Kaufkraft beitragen. Deshalb fordert DIE LINKE einen gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn. Damit kann wachsende Armut gerade in den ländlichen Regionen verhindert werden. Auch in der Landwirtschaft und im ländlichen Gewerbe muss man von seiner Arbeit leben können. Dazu brauchen wir zum Beispiel mehr Wertschöpfung durch die Förderung regionaler Erzeugung-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen für Agrargüter. Durch Bündelung auf der Erzeugerseite könnte mehr Einfluss auf kostendeckende Erzeugerpreise ausgeübt werden. Arbeitgeberzusammenschlüsse könnten, wie in Frankreich, dazu beitragen, nur saisonal oder zeitlich vorhandene Arbeit in ganzjährige, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umzuwandeln.

Junge Menschen brauchen auch auf dem Land eine gesicherte Berufsperspektive. Gebraucht wird eine höhere gesellschaftliche Anerkennung der Berufe in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Garten- und Landschaftsbau mit Existenz sichernder Entlohnung. Außerdem setzt sich DIE LINKE für ein Recht auf einen Ausbildungsplatz und für eine Ausbildungsplatzabgabe ein.

Insbesondere der bedarfsgerechte Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge (Schulen, Kindereinrichtungen, ÖPNV, Krankenversorgung, Energie, Wasser) und öffentlicher Dienstleistungen mit bezahlbaren Preisen sind wichtig für die Lebensbedingungen in den Dörfern und kleinen Städten und die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Auch an dieser Stelle entscheidet sich, ob junge Menschen aus Dörfern und kleinen Städten abwandern müssen.

Der Zugang zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien ist auch in Deutschland nach Einkommen und Region ungleich verteilt. Dies führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, die es in einer Demokratie nicht geben darf. DIE LINKE fordert daher, die Infrastruktur für ein „Breitband-Internet für alle“ bereitzustellen. Dazu sind Unternehmen, die sich allein auf den Ausbau von lukrativen Netzen in Ballungsgebieten konzentrieren, in die Pflicht zu nehmen. Breitbandanschlüsse mit Übertragungsraten von zwei Megabit pro Sekunde müssen gesetzlich als Universaldienstleistung, also als ein Mindeststandard, der jedem zusteht, festgeschrieben werden. Solange das Breitbandnetz kein staatliches Netz ist, kann nur so das im Grundgesetz verankerte Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen erreicht werden.

Eine digitale Grundversorgung muss nicht ausschließlich über DSL bereitgestellt werden. Als alternative Trägermedien kommen insbesondere Richtfunk (WiMAX) und – dort, wo das störungsfrei möglich ist – Rundfunkfrequenzen in Frage. Wir plädieren allerdings nicht für eine marktwirtschaftliche Ordnung des Frequenzhandels, sondern für eine gesellschaftliche, an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Regulierung der Frequenzvergabe. Dazu zählt auch die Gewährleistung von Nutzungsbedingungen für die im Bereich der Kulturwirtschaft unabdingbaren Drahtlosmikrofone.

Das Konjunkturpaket II – mit dem großspurig Investitionen in den Breitbandausbau angekündigt wurden – enthält keinen einzigen Euro, der speziell für neue Breitbandnetze vorgesehen ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre konzeptionslose Breitbandstrategie komplett zu überarbeiten und effektive Investitionen in den flächendeckenden Ausbau von Breitbandnetzen der nächsten Generation voranzutreiben – auch um sofort konjunkturelle Impulse zu setzen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Darüber hinaus treten wir für die Beibehaltung der Netzneutralität – des freien und gleichen Informationsflusses im Netz – ein. Netzbetreibern soll rechtsverbindlich vorgeschrieben werden, die Anbieter von Inhalten unterschiedslos und diskriminierungsfrei zu behandeln. Im Rahmen der technischen Möglichkeiten sogenannter Next Generation Networks wäre es somit untersagt, die Weiterleitung und Geschwindigkeit von Paketen anhand ihres Inhalts zu kontrollieren. Unser Ziel ist es, die grundsätzlich offene Technologie des Netzes und sein darauf basierendes Innovations- und Entwicklungspotential zu bewahren.

DIE LINKE begrüßt die Forderung nach Unterstützung von Frauennetzwerken im ländlichen Raum. Damit ländliche Räume eine Zukunft haben, müssen insbesondere junge Frauen vor Ort gefördert werden. Geförderte Netzwerke können dabei eine wichtige Hilfestellung bieten.

Auch wir beobachten mit großer Sorge die Abwanderung von jungen Frauen aus ländlichen Räumen, insbesondere in Ostdeutschland. Diese Abwanderung wird sich unserer Ansicht allerdings nur dann stoppen lassen, wenn Dörfer gleichermaßen für Frauen und Männer zum attraktiven Lebensraum werden.

Der Abbau von Infrastruktur und öffentlicher Daseinsvorsorge wird in erster Linie von Frauen aufgefangen, es fehlt an Existenz sichernder Arbeit. Selbst wenn Frauen auf dem Land Arbeit finden, ist die Lohndiskriminierung mit 33% noch größer als in den Großstädten, wie eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigte. Ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe ist unter diesen Bedingungen für Frauen in den Dörfern und kleinen Städten nur sehr begrenzt möglich.

Eine aktive und geschlechtergerechte Förderpolitik in den ländlichen Räumen könnte diese Situation nachhaltig verbessern. Eine wichtige Aufgabe für Frauennetzwerke wäre daher auch, Frauen den Zugang zu Fördermitteln (z.B. bei LEADER) zu erleichtern und sie dabei zu unterstützen, sich für ihre Interessen in entsprechenden Entscheidungsgremien (Beiräte, Kreistag etc.) stark zu machen.

## **2. Forderungen des BDL zur Jugendpolitik und Bildung**

DIE LINKE setzt sich ebenso wie der BDL dafür ein, dass jungen Menschen attraktive Lebens- und Bleibeperspektiven in den ländlichen Räumen geboten werden.

Wir fordern die Aufnahme der Rechte von Kindern und Jugendlichen ins Grundgesetz sowie die vollständige Umsetzung der 1992 ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention. Dazu zählen das Recht auf gesellschaftliche Mitbestimmung, auf gewaltfreie Erziehung, auf Bildung, Betreuung und Versorgung, die Gleichstellung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sowie ein Verbot von Kinderarbeit. Wir fordern auch einen qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau von vorschulischen Ganztagsbetreuungsangeboten, die bereits kurzfristig beitragsfrei zu stellen sind und ein kostenloses Mittagessen beinhalten.

Damit Politik nicht nur in allen Fragen auch über Jugendliche spricht, sondern Jugendliche selbst ihre Interessen bestimmen können, fordern wir die Senkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 16 Jahre und die Schaffung von mehr Möglichkeiten der direkten Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche.

Es ist die Politik gewesen, die mit ihren umfassenden Haushaltssparmaßnahmen dafür gesorgt hat, dass demokratische Jugendkulturen weggebrochen sind. Dass der ländliche Raum ein bevorzugtes Rekrutierungsgebiet gerade auch der extremen Rechten ist, haben zahlreiche Studien in den letzten Jahren belegt. Insofern sieht DIE LINKE hier eine besondere Notwendigkeit des nachhaltigen Engagements aller demokratischen Parteien. Zentral ist hierbei aus unserer Sicht in der Tat eine finanzielle und strukturelle Absicherung der Jugendarbeit. Gerade im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus hat sich DIE LINKE immer wieder für eine Absicherung demokratischer, alternativer Jugendstrukturen ausgesprochen, um so attraktive Jugendangebote zu etablieren und das Feld nicht der extremen Rechten zu überlassen. Über die Bundes- und Landesprogramme gegen Rechtsextremismus wird auch die kommunale Arbeit in den Kommunen und im ländlichen Raum zu diesem Thema gefördert. DIE LINKE hat sich in der Vergangenheit und wird sich in der Zukunft für den Erhalt und den Ausbau der Programme und ihrer zivilgesellschaftlichen Verankerung aussprechen.

Neben dem Einsatz für mehr Mitbestimmungsrechte und der Förderung von Jugendarbeit setzt sich DIE LINKE für den nachhaltigen Kampf gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen ein. Eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung muss allen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren den Zugang zum soziokulturellen Existenzminimum jenseits des Armutsniveaus von Hartz IV garantieren. Jugendpolitik bedeutet für uns auch die Abschaffung aller Zwangsdienste. Zivildienstplätze sollen in sozialversicherungspflichtige, regulär bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt werden. Das gesellschaftliche Engagement von Jugendlichen im Rahmen eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres soll gefördert und bezahlt werden. DIE LINKE fordert zudem die Einführung einer Ausbildungsumlage und die Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten für die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) sowie ein deutlich erhöhtes, elternunabhängiges BAföG. Außerdem ist uns eine nachhaltige finanzielle Absicherung der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen sehr wichtig. Ebenso fordern wir eine Arbeitsmarktpolitik, die den Eintritt in das Berufsleben erleichtert, sowie eine Ausweitung der Rechte von jungen Arbeitnehmer/innen.

Die soziale und medizinische Unterversorgung armer Kinder und Jugendlicher muss beendet werden. Studien beweisen, dass mit dem Hartz IV-Regelsatz für Kinder keine gesunde Ernährung möglich ist. Seit vielen Jahren ist bekannt, dass die Gesundheitsrisiken sozial benachteiligter Kinder höher sind als die von Kindern aus gehobenen Bildungs- und Einkommensschichten. Über 2,5 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. Das bedeutet ungenügende Mittel für Kleidung, Gesundheit, Ernährung und Bildung – von Sport- und Freizeitaktivitäten ganz zu schweigen. Wer wie die Bundesregierung

Kinderarmut verschärft und damit das Krankheitsrisiko von Millionen Kindern erhöht, beeinträchtigt Kindergesundheit statt sie zu fördern. Deshalb bleibt die Bundesregierung in der Pflicht, dem sofort durch eine transparente Ermittlung des Kindesbedarfs nachzukommen. Bis dahin sollte sich eine altersspezifische Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche an dem orientieren, was der Paritätische Gesamtverband vorgelegt hat. Für die bis 5-jährigen sollten 276 Euro und für 6-13-jährige 332 Euro statt bisher 211 Euro vorgesehen sein. 14-bis-17-jährige müssten 358 Euro statt bislang 281 Euro erhalten.

DIE LINKE misst ehrenamtlicher Tätigkeit insbesondere auch im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit große Bedeutung bei. Sie sollte kein dienendes und ersetzendes Engagement sein, sondern Partizipation und Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger in ihrem alltäglichen Lebensumfeld. Weiteren Sozialabbau - nun auch unter dem Deckmantel der ehrenamtlichen Tätigkeit - lehnt DIE LINKE ab. Wir fordern von der Regierung, in Richtung öffentlich geförderter Beschäftigung aktiv zu werden. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht ein Ersatz für Leistungen sein, die Kommunen, Länder und Staat nicht mehr erbringen können oder teilweise nicht erbringen wollen.

DIE LINKE fordert die Verwirklichung des Grundrechts auf Bildung für alle, unabhängig von ihrer Nationalität, Geschlechtszugehörigkeit, sozialen Lage und körperlichen und geistigen Verfasstheit. Es geht darum, jeden in seiner Verschiedenheit zu akzeptieren und sozial wie kulturell bedingte Nachteile im gesamten Lebensprozess auszugleichen.

In der Bundesrepublik werden dagegen bestehende soziale Ungleichheiten durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung reproduziert und sogar verstärkt. Damit werden von Beginn an Lebenschancen sozial ungerecht verteilt und Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt.

Deshalb fordern wir eine sozial gerechte demokratische Bildungsreform. Dazu gehören:

- Anhebung der öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen auf 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
- Gebührenfreiheit in der vorschulischen Bildung, in Schule, Lehre und Hochschule für alle.
- Stärkung der frühkindlichen Förderung: weiterer Ausbau der Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen und Erleichterung des Zugangs zu ihnen. Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an.
- Überwindung des gegliederten Schulsystems hin zu einer integrativen Schule für alle bis mindestens Klasse 8. Individuelle Förderung statt Auslese.
- Schaffung eines flächendeckenden Netzes von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen. Die Schule muss ein Lern- und Lebensort für Kinder und Jugendliche sein, in dem Kultur, soziale Kompetenz und Demokratie unmittelbar erlern- und erlebbar sind.
- Dem Reformbedarf entsprechende personelle und materielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen.
- Bildung, Unterstützung und Anerkennung für alle am pädagogischen Prozess beteiligten Personen. Reform der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen.
- Lebenslanges Lernen sichern: Weiterbildung für alle statt Abbau, Privatisierung und Reduzierung auf Beschäftigungsfähigkeit. Berufsausbildung und Berufsabschluss für alle. Jedem Schulabgänger, jeder Schulabgängerin einen Ausbildungsplatz. Wer nicht ausbildet, soll zahlen.

### **3. Forderungen des BDL zur Agrar- und Weinbaupolitik**

Die Agrarwirtschaft in Deutschland sichert Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, müssen vor allem junge Menschen und Familien dort Chancen für ihre Zukunft sehen. Das föderale Bildungssystem in Deutschland belastet jedoch die

Qualität der Ausbildung und beruflichen Bildung besonders stark und vermindert die berufliche Mobilität. Die Forderung nach einer bundesweiten Vereinheitlichung der landwirtschaftlichen Bildung wird daher ausdrücklich von der LINKEN unterstützt.

Die notwendigen Agrarbeihilfen sind künftig zielgenauer sozial und ökologisch, also auf nachhaltige Landnutzungskonzepte und Existenz sichernde Arbeitsplätze auszurichten. Die betriebliche Förderung (1. Säule) darf nicht gegen die Förderung der Dörfer und kleinen Städte (2. Säule) ausgespielt werden.

Die 1:1 Umsetzung von EU – Vorgaben bedeutet in der Regel eine Anpassung an die von der EU definierten Mindestbedingungen, auf die sich immerhin 27 Mitgliedsstaaten verständigt haben. In vielen Bereichen für den Agrar- und Umweltsektor ist das ausreichend und sollte daher aus Sicht der LINKEN angestrebt werden. Trotzdem bleibt der Anspruch, im Interesse von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie des Umwelt- und Naturschutzes über die Mindeststandards hinaus zu gehen. Der Position der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft hat das zumeist nicht geschadet. So hat zum Beispiel die Etablierung höherer Standards in der Bio- Erzeugung in Verbindung mit dem Bio-Siegel die Position der inländischen Bio- Betriebe gestärkt.

Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung werden grundsätzlich von der LINKEN unterstützt, ebenso die Vereinfachung von Kontrollen und ihrer Wirksamkeit. Ob zusätzliche Auflagen und Verschärfungen für die Landwirtschaft vertretbar, notwendig oder sogar unverzichtbar sind, hängt von der weiteren ökologischen und sozialen Entwicklung der Landwirtschaft ab. Die LINKE tritt zum Beispiel für den gesetzlichen Mindestlohn ein, der möglicherweise eine zusätzliche Auflage und Verschärfung für die Landwirtschaft bedeutet, aber aus sozialen und gesellschaftspolitischen Gründen vernünftig ist. Gleichzeitig setzt sich die LINKE aber auch entschieden für gerechte, kostendeckende Erzeugerpreise und ein Existenz sicherndes Einkommen für Landwirtinnen und Landwirte ein.

Pflanzenschutz ist aus Sicht der LINKEN nur unverzichtbar für herkömmliche, konventionelle Produktionssysteme in der Landwirtschaft, die in Deutschland den Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften. Unfälle und die abnehmende Artenvielfalt in landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Ökosystemen zeigen die Risiken und Probleme. Daher ist ein Ziel linker Agrarpolitik, den Aufwand an Pflanzenschutzmitteln weiter zu reduzieren. Andere Produktionssysteme wie der Ökolandbau zeigen, dass Pflanzenschutz grundsätzlich nicht unverzichtbar ist.

In Europa stehen landwirtschaftliche Anbauflächen nur begrenzt zur Verfügung. Eine Reduzierung des Verbrauchs landwirtschaftlicher Flächen für Verkehrs- und Siedlungsflächen muss erreicht werden. Die Produktion von Nahrungsmitteln für die Sicherung der regionalen Selbstversorgung muss Vorrang haben. Kritisch ist, dass Flächen für Agrarexporte blockiert werden. Stattdessen sollte auf solchen Flächen Biomasse angebaut werden, die möglichst regional verarbeitet wird.

Die Biokraftstoffstrategie der Bundesregierung ist gescheitert. Deshalb müssen der Beimischungszwang und die Besteuerung sofort wieder zurück genommen werden. Die LINKE hat immer eine Biomassestrategie gefordert, die eine dezentrale Erzeugung und Nutzung reiner Agro - Kraftstoffe und die Einbindung von nachhaltig angebaute, energetisch oder stofflich genutzter Biomasse in regionale Kreisläufe direkt oder indirekt fördert. Das schließt ein Moratorium für Agro – Kraftstoff - Importe ein. Die Agrardieselbesteuerung sollte ausgesetzt werden. Zukünftig muss die Unterstützung bei der Umstellung der Landmaschinenflotte auf steuerfreie, dezentral erzeugte Agro-Kraftstoffe Schwerpunkt werden. Wir wollen eine für die Umwelt und die Regionalstruktur verträgliche Biogas-Produktion stärken, weil Energieertrag und Klimaschutzbeitrag hier am höchsten sind.

DIE LINKE streitet für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei. Die Agro-Gentechnik ist riskant, teuer, nutzlos und sie vertieft die Abhängigkeiten von internationalen Saatgutkonzernen. Wir unterstützen gentechnikfreie Regionen und Initiativen. Nationale Anbauverbote wären ein erster Schritt hin zu einem europaweiten „Nein“. Eine lückenlose Kennzeichnung sichert die echte Wahlfreiheit für Verbraucher und Produzenten. Die Patentierung von Genen und in der Natur vorkommender Substanzen lehnt DIE LINKE ab.

Das Ziel der Erhöhung und Ausschöpfung regionaler Wertschöpfung beim Weinbau wird von der LINKEN unterstützt. Dazu gehören die Förderung des Weintourismus und der Erhalt sowie die Förderung von Steillagen sowie spezieller Fördermaßnahmen für Jungwinzerinnen und Jungwinzer. Die Abschaffung der Wein- und Sektsteuer ist allerdings nicht in Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Weinbaus zu bringen. Ebenso widerspricht die Weiterführung des Branntweins - Monopols den von der EU gesetzten Maßstäben zukünftiger Agrarpolitik.

Die Beibehaltung der Umsatzsteuerpauschalierung ist gerade für die vielen kleinen Weinbaubetriebe eine unverzichtbare Forderung und wird seitens der LINKEN unterstützt.